Der Rote Ortenauer

SPD-Zeitung für die Ortenau

Ausgabe Mai 2017 - Jahrgang 8

www.spd-ortenau.de

Der Schulz-Zug rollt!

In dieser Ausgabe:

Seite 2: Landesparteitag in Schwäbisch Gmünd

Seite 3 Social Media und der Wahlkampf: Es wird Zeit!

Seite 4: Dem Rechtspopulismus begegnen

Seite 5: Für (statt auf) Europa eintreten

Seite 6: Ganztagsschule: Fragen an Andreas Stoch (MdL)

Seite 7: Aus Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen

Seite 8: Aus Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen, Bildnachweise, Impressum

E-Mail: info@spd-ortenau.de
Homepage: www.spd-ortenau.de
Facebook: www.facebook.com/spdortenau

Landesparteitag in Schwäbisch Gmünd

Leni Breymaier wurde auf dem Listenparteitag in Schwäbisch Gmünd zur Spitzenkandidatin der SPD-Landesliste für die Bundestagswahl 2017 gewählt. Der mit Begeisterung empfangene Martin Schulz überzeugte auch uns Baden-Württemberger mit seiner mitreißenden Rede.

Beide versprachen, sich für mehr Gerechtigkeit einzusetzen. "Die große Koalition ist ausgequetscht wie eine Zitrone", unterstrich Leni Breymaier. "Ich arbeite dafür, dass die SPD wieder zweitstärkste Kraft in Baden-Württemberg wird. 26 Prozent plus X sind drin!"
Listenparteitage unterliegen immer einer besonderen Spannung. Der Listenplatz hat großen Einfluss auf die Chancen, ein Bundestagsmandat ausüben zu können. So war es enttäuschend, Elvira Drobinski-Weiß (MdB) trotz ihrer sehr guten Arbeit im Bundestag auf Listenplatz 17 wiederzufinden. Johannes Fechner (MdB) freut sich über Listenplatz 10. Jens Löw konnte sich in einer Kampfabstimmung auf Platz 26 behaupten.

Mit dem Schulz-Effekt könnte es für die drei Kandidaten der Ortenau reichen, in den Bundestag einzuziehen. Und mit einem engagierten Wahlkampf können wir unseren Beitrag dazu leisten.

Wir gehen mit positiven Erwartungen in die kommende Wahlkampagne. Unser Kanzlerkandidat gibt uns den Rückenwind, um motiviert und ideenreich den Wahlkampf zu gestalten. Im Juni verabschiedet die SPD ein attraktives Wahlprogramm, welches für viele Probleme adäquate Lösungsvorschläge anbieten wird.

Die Ortenauer Delegation auf dem Listenparteitag in Schwäbisch Gmünd
(v. l. n. r.): Wolfgang Bayer, Kirsten Braun, Helga Pfahler, Sascha Dühmke, Elvira Drobinski-Weiß (MdB), Landesvorsitzende Leni Breymaier, Jens Löw, Dorothea Hertenstein, Helmut Lind, Daniela Wiedemer und Dr. Johannes Fechner (MdB). Nicht auf dem Bild sind Fabienne Vesper, Daniel Kirchner und Tunahan Yildirim.

Social Media und der Wahlkampf: Es wird Zeit!

Ein Beitrag von Bob Blume

Es ist noch nicht lange her, dass Frau Merkel in Bezug auf das Internet von „Neuland“ redete. Das Gelächter war damals groß. Mittlerweile lacht keiner mehr, wenn es um die Relevanz von Social-Media-Kanälen geht. Spätestens nachdem Kanzlerkandidat Schulz vom Juso-Landesvorsitzenden als „geile Sau“ bezeichnet wurde, die Medien dies aufnahmen und ein wahrer Hype um die Person Schulz entstand, sollte jedem klar geworden sein, dass Wahlkampf heutzutage nicht nur auf der Straße, sondern auch und vor allem in den digitalen Medien stattfindet.

Welche Kanäle stehen den Ortsvereinen und den Mitgliedern im Wahlkampf zur Verfügung?

Twitter: Der Kunde ist König

Auch wenn man immer wieder hört, dass der Kurznachrichtendienst Twitter an Relevanz verliert, trägt er doch zur Information des Einzelnen eine Menge bei. Hier kann man die Informationen „frisch“ und ungefiltert aufnehmen, weiß, was gerade in den sogenannten Trends ist und – das ist besonders wichtig – kann sich auf sehr kurzem Wege vernetzen. Das ist extrem wichtig, vor allem wenn man es nicht immer alleine schafft, für eigene Inhalte zu sorgen. Wenn man gut vernetzt ist, kann man die Tweets seiner Genossinnen und Genossen für die eigene Arbeit nutzen. Einen Account anzulegen geht schnell, wenngleich es ein wenig Zeit braucht, sich mit dem Medium vertraut zu machen. Sobald man einigermaßen dabei ist, wird man viele Impulse kriegen und vor allem vieles dazu lernen, was für den Wahlkampf im Netz und auf der Straße unerlässlich ist.

Der Offenburger Medienberater, Autor und Microblogger Bob Blume

Facebook: Out, aber wichtig

Wenn es um Jugendliche geht, ist Facebook nicht mehr das richtige Medium. Viele Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren sind nachweislich nicht mehr auf der Plattform vertreten. Wer die Jugend erreichen will, muss auf Soziale Netzwerke wie SnapChat oder Instagram umsteigen. Trotzdem stellt Facebook ein großes Potential dar, was nicht zuletzt die Rechtspopulisten erkannt haben. Drastisch ausgedrückt kann man sagen, dass es sich nicht lohnt, überhaupt eine Homepage für den Wahlkreis zu haben, wenn man keine Social-Media-Plattform hat, auf der man es seinen Followern präsentiert. Dabei gilt: Der Nutzen des Inhalts spielt eine enorme Rolle. Es reicht nicht mehr, einfach Links von der Homepage auf die Facebook-Seite zu „müllen“, sondern man muss interessante, unterhaltsame oder nützliche Inhalte posten. Wichtig ist dabei, dass man mit den Menschen in Kontakt bleibt. Denn das ist es, was die wahre Veränderung von Web 2.0 zu der Kommunikation vorheriger Tage ist. Menschen wollen nicht nur konsumieren, sie wollen teilhaben, ihre Meinung äußern und diskutieren.

YouTube: Die Zeit der bewegten Bilder

Die Grundsätze für Inhalte gelten auch für Videos, die man auf seinen Partei-Account stellt. Auch dies ist nicht besonders schwierig. Man sollte auf jeden Fall jemanden zu Rate ziehen, der sich ein wenig auskennt und damit beginnen, kleine Videos zu drehen, in denen Inhalte präsentiert werden. Zwischen zwei und fünf Minuten Länge reichen völlig. Das gesprochene Wort sollte zudem mit Text des Gesagten unterlegt werden, sodass man auch bei leisem oder gar keinem Ton als Zuschauer in der Lage ist, zu beurteilen, ob der Inhalt relevant ist.

Videos kann man übrigens auch direkt in Facebook einfügen, was von dem Unternehmen selbst mit zusätzlichen Chancen auf Aufmerksamkeit belohnt wird.

Egal, wie oder wo man anfängt: Alle sollten begreifen, dass das Digitale und seine Kanäle jetzt schon etablierte Bestandteile der menschlichen Kommunikation und des politischen Diskurses sind. Man kann es sich nicht mehr leisten, diese zu ignorieren und zu hoffen, dass sie wieder verschwinden. Es ist an der Zeit, das Netz zu erobern und es nicht mehr denen zu überlassen, die mit ihrer Präsenz populistische Ideen salonfähig machen.

Legt los, schreibt los, informiert euch, vernetzt euch!

Der Autor Bob Blume ist Gymnasiallehrer für die Fächer Englisch, Deutsch und Geschichte, Medienberater für Social Media, Autor und Blogger (bobblume.de) und aktiv auf Twitter unterwegs (Account: @blume_bob)

Der SPD-Kreisverband Ortenau wird (bei Bedarf) im Wahljahr noch weitere Workshops zum Thema „Wahlkampf 2.0: Facebook, Twitter, YouTube und Co.“ sowie Homepage-Gestaltung durchführen. Interessierte Genossinnen und Genossen aus den Ortsvereinen sind hierzu herzlich eingeladen!

E-Mail-Kontakt und Anmeldung:
websozis@spd-ortenau.de

Dem Rechtspopulismus begegnen

Ein Beitrag von Julian Schärdel

Rechtspopulisten haben aktuell Rückenwind. Besonders bedrohlich erscheint dies, wenn es den bislang meist isolierten Bewegungen mittlerweile sogar gelingt, Mehrheiten zu mobilisieren und so Volksabstimmungen zu gewinnen und Präsidenten zu stellen. Zwar ist dies in Deutschland bislang noch nicht absehbar, Fakt ist aber, dass mit der AfD mittlerweile auch hierzulande eine rechtspopulistische Partei Fuß fassen konnte, die immerhin so großen Zuspruch erhält, dass beispielsweise in Sachsen-Anhalt eine vorher undenkbare Koalition aus CDU, SPD und Grünen nötig war, um eine parlamentarische Mehrheit zu organisieren. Der Erfolg der AfD basiert dabei nur zum Teil auf der eigentlichen Programmatik der Partei. Vielmehr wird sie zurzeit von vielen Menschen als einzige Alternative zu den etablierten Parteien verstanden, die sich in den Augen vieler AfD-Anhänger inhaltlich kaum noch voneinander unterscheiden. Außerdem sichert sich die Partei mit provokativen Aussagen immer wieder die Aufmerksamkeit etablierter Parteien und Medienvertreter. Dabei spielt es kaum eine Rolle, dass die Berichterstattung über die Partei vornehmlich negativ ausfällt. Im Gegenteil entfaltet der negative Grundtenor, wie für populistische Parteien nicht ungewöhnlich, auch im Fall der AfD geradezu identitätsstiftende Wirkung. Die Selbstdarstellung als Opfer von „Altparteien“ und „Medienkartellen“ wird von Parteifunktionären oft und gerne wiedergegeben. Vor allem im Netz findet dies großen Anklang. Eine Untersuchung von Nutzerkommentaren zu Onlineartikeln zeigte deutlich, wie überproportional häufig sich Anhänger der Rechtspopulisten im Internet zu Wort melden und so gegenseitig in ihrer Meinung bestärken, selbst einer unterdrückten Mehrheit anzugehören.

Der Politikwissenschaftler Julian Schärdel (links) und der Bundestagsabgeordnete Christian Lange referierten auf einer Kreiskonferenz der SPD Ortenau zum Thema „Wie begegnen wir dem Rechtspopulismus?“

Was kann daraus für den Umgang mit Rechtspopulisten abgeleitet werden? Für die Politik ergibt sich erstens der klare Auftrag, die bestehenden Unterschiede zwischen den etablierten Parteien wieder deutlicher zu machen. Die fast schon abgedroschene Forderung, dass die Politik besser erklären müsse, trifft insbesondere für die Bereiche zu, in denen ein parteiübergreifender Konsens besteht. Die kurze Version der Alternativlosigkeit reicht hier nicht aus, vielmehr müssen die Folgen vermeintlich schlechterer Alternativen klar benannt werden.

Zweitens kann ein bisschen weniger Aufgeregtheit weiterhelfen. Nicht jede Provokation muss kommentiert und somit in die Medien gehievt werden. Widerspruch sollte sich vor allem dann regen, wenn klar Grenzen zum Rechtsextremismus oder Rassismus überschritten werden. Gleiches gilt für die Medien, die auf der Suche nach reißerischen Themen gerne über die Rechtspopulisten berichten und ihnen damit teilweise unbeabsichtigt eine Bühne verschaffen. Zwar sollten sich auch Medienvertreter mit berechtigter Kritik keinesfalls zurückhalten. In Zeiten, in denen das Wort der „Lügenpresse“ fast schon wieder salonfähig ist, besteht aber eine besondere Verantwortung der Medien darin, fundierte und unaufgeregte Berichterstattung zu liefern.

Bleibt noch die Reaktion jedes Einzelnen: Hier sei als Handlungsfeld besonders auf den digitalen Raum verwiesen. Das Internet darf nicht Rechtspopulisten überlassen werden. Auch wenn die Angst vor fruchtlosen Diskussionen oder Beleidigungen bislang den ein oder anderen davon abhält, sich im Netz zu äußern, so wäre Widerspruch doch fundamental notwendig, um die digitale rechte Euphorie ein Stück weit zu trüben. Dabei sollte auch nicht vergessen werden, Unterstützung für diejenigen Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Medien zu artikulieren, die sich weiterhin für demokratische und humanitäre Prozesse engagieren.

Julian Schärdel promoviert an der Universität Freiburg zum Thema „Medienberichterstattung über die Alternative für Deutschland“

Für (statt auf) Europa eintreten.

Ein Beitrag von unserem Redaktionsmitglied Bernd Krieger

Über die Europäische Union lässt sich leicht lästern. Immer gern aufs Korn genommen: die angeblich unbändige Brüsseler Bürokratie. Als Beweis für den „Regulierungswahn“ werden gern die Vorschriften zum Krümmungsgrad der Salatgurke ins Feld geführt.

Dumm nur, dass auch diese Regelung überhaupt nicht auf die EU zurückzuführen ist. Sie hat ihren Ursprung in den zwischen Produzenten und (Groß)Händlern vereinbarten Handelsklassen, mit denen einheitliche Standards in Hinblick auf Qualität und Quantität gewährleistet werden. Kurz gesagt wollen die Unternehmen sicherstellen, dass in einem Karton von bestimmter Größe auch eine annähernd gleiche Menge Obst oder Gemüse enthalten ist. Denn auf dieser Ebene der Handelskette werden die Preise kisten- oder sogar palettenweise vereinbart. Und weil landwirtschaftliche Produkte mittlerweile auch EU-weit vermarket werden (wie kommen wir sonst im März an frische Erdbeeren?), lag es nahe, dass die EU sich des Themas annahm. Schließlich möchte der hiesige Supermarkt vermeiden, dass in der gelieferten Kiste mit den Gurken aus Spanien nur 19 enthalten sind anstelle der zu erwartenden 24. Die Konsequenz wären letztlich höhere Preise für uns als Verbraucher*innen. - Aber das wollen wir ja nun wirklich nicht. Soviel nur zum Thema „Im postfaktischen Zeitalter ist nichts so praktisch wie ein gutes Vorurteil“.

Wer sich weniger vorurteilsbehaftet mit der EU beschäftigt, wird sich eingestehen (müssen), dass wir in unserem Alltag als Verbraucher*innen in Deutschland von den Aktivitäten profitiert haben, die auf europäischer Ebene in den vergangenen mehr als 30 Jahren entfaltet worden sind. An Vieles haben wir uns gewöhnt und nehmen es längst als Selbstverständlich hin. Nur zwei Beispiele:

Wer erinnert sich noch an die Zeit vor der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes? Damals erwies sich das Telefonieren innerhalb Deutschlands als kompliziert, teuer und aus heutiger Sicht eher bizarr, um nicht zu sagen „voll krass“.

Im Jahr 1996 gab es national nicht nur fünf verschiedene Zeitzonen – mit Abstand am teuersten war es vormittags zwischen 9 und 12 Uhr, besonders günstig hingegen der Nachttarif zwischen 2 und 5 Uhr. Hinzu kamen auch noch vier unterschiedliche Entfernungszonen: Neben dem Ortsgespräch gab es noch die Regionen 50 und 200. Wer in noch größere Entfernungen telefonieren wollte, führte ein echtes „Ferngespräch“. So ein Telefonat von 30minütiger Dauer kostete damals umgerechnet etwas mehr als € 9,60. Gespräche ins Ausland waren nahezu unerschwinglich.

Weil die EU-Kommission und das Europäische Parlament nicht lockerließen, dürfen ab diesem Sommer Telefonate und die anderen Telekommunikationsdienstleistungen ins Ausland nicht teurer sein als Inlandsgespräche. Bereits in den Jahren zuvor waren die Höchstgrenzen der Roaming-Entgelte für Gespräche, SMS und Datenübermittlung stetig herabgesetzt worden. Das trug natürlich auch hierzulande zu entsprechenden Preissenkungen bei.

Allerdings sollten wir uns als Verbraucher*in nicht zu früh freuen, bzw. die Rechnung ohne den Wirt machen. Das sind in diesem Fall unsere Telekommunikationsanbieter. Die arbeiten bereits heftig daran, durch neue Tarife diese verbraucher- und europafreundlichen Vorgaben auszuhebeln: Sinnigerweise werden diese z.B. als AfD-Tarife („allein für Deutschland“) angeboten.

Das zweite kleine Beispiel betrifft uns, wenn wir eine Pauschalreise gebucht haben. Man stelle sich vor, für die vierköpfige Familie wurde der wohlverdiente im Urlaub in Mexiko gebucht und ein fast fünfstelliger Betrag an den deutschen Reiseveranstalter überwiesen. Doch angekommen im Hotel werden Zimmer und Verpflegung verweigert, es sei denn, man bezahlen noch mal dafür. Der Grund: Das Reiseunternehmen hat den Hotelier nicht bezahlt und ist bankrott.

So erging es Mitte der 90ger Jahre tausenden Deutschen, die Reisen nach Spanien oder Mexiko gebucht hatten. Zu dem Zeitpunkt gab es allerdings sogar schon eine europäische Richtlinie, die Urlauber genau vor dem Risiko des Konkurses schützen sollte. Selbst eine Anzahlung für die Reise durfte nur gefordert werden, wenn im Gegenzug ein sog. Reisesicherungsschein ausgehändigt wurde. Doch damals hatte die Bundesrepublik die EU-Regelung nicht in Kraft gesetzt. Das kam dem Staat seinerzeit teuer zu stehen, weil er aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg, den geschädigten Urlauber*innen die zusätzlich Unkosten für den Aufenthalt und die Rückreise zu erstatten. Danach ging es sehr schnell, dass diese Schutzvorschrift auch hierzulande umgesetzt worden ist. Heute ist das eine Selbstverständlichkeit. Und so ist es in sehr vielen Bereichen des täglichen Lebens.

Ganztagsschule: Fragen an Andreas Stoch (MdL)

Herr Stoch, wie geht der Ausbau der Ganztagsschulen weiter?
Andreas Stoch: Der erst von der grün-roten Landesregierung, also auch von mir selbst als Kultusminister, konsequent betriebene Ausbau der Ganztagsschulen muss weitergehen, zunächst an den Grundschulen, wo es auch unter Grün-Schwarz schrittweise aufwärts geht. Die neue CDU-Kultusministerin Eisenmann darf dabei aber die Konzeption nicht verwässern. Wo Ganztagsschule am Eingang draufsteht, muss auch Ganztagsschule in der pädagogischen Ausrichtung drin sein.

Stichwort Qualität
Stoch: Qualität muss immer Vorrang haben. Bei der Ganztagsschule bedeutet dies nicht Aufbewahrung der Kinder, sondern rhythmisierter Unterricht auf hohem pädagogischem Niveau unter Berücksichtigung außerschulischer Partner aus Musik, Sport, Kultur und Kirche. Ganztagsschulen ermöglichen die individuelle Förderung von Kindern, verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sie sorgen für mehr Bildungsgerechtigkeit. Keiner Kommune ist es übrigens verboten, das Angebot an Ganztagsschulen durch flexible Betreuungsangebote zu ergänzen und auf diese Weise den Elternwünschen entgegenzukommen. Ganztagsschule ist viel mehr als Betreuung.

Andreas Stoch, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg

Stichwort Finanzierung
Stoch: Der weitere Ausbau erfordert natürlich immense Summen. Da es sich um eine gesamtgesellschaftliche Herkulesaufgabe handelt, sehe ich auch den Bund in der Pflicht.

Wie will die SPD die Qualität des Unterrichts an unseren Schulen verbessern?
Stoch: Die jüngste IQB-Studie hat für Baden-Württemberg ja leider keine berauschenden Ergebnisse gebracht. Es ist beunruhigend, dass die Schülerinnen und Schüler unseres Landes bei einigen Leistungen nur noch Mittelmaß sind. Wer allerdings behauptet, diese Ergebnisse seien auf schulstrukturelle Veränderungen aus unserer Regierungszeit zurückzuführen, macht es sich zu einfach: Die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule wurden gar nicht getestet. Die neuen Bildungspläne – eine längst überfällige Maßnahme – sind erst seit diesem Schuljahr in der Umsetzung. Und auch die Reform der Lehrerausbildung kann sich noch nicht bemerkbar machen.

Wie steht es mit der Qualifikation der Lehrenden?
Stoch: Neben einer ausreichenden Lehrerversorgung müssen aus meiner Sicht folgende Elemente hinzukommen: Eine gute Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals, die Stärkung der Schulleitungen in ihrer Führungs- und Managementkompetenz und eine Schulbaumodernisierung, die auch die Umsetzung digitaler Lernkonzepte ermöglicht. Vor kurzem hat die SPD ein eigenständiges Schulbaumodernisierungsprogramm für das Land gefordert, welches die Kommunen bei den notwendigen schulischen Baumaßnahmen insbesondere für den Aus- und Aufbau der Digitalisierung unterstützen soll. Nach Plänen von Bundesbildungsministerin Wanka (CDU) sollen alle 40.000 Schulen in Deutschland innerhalb von fünf Jahren mit IT-Infrastruktur für insgesamt fünf Milliarden Euro ausgerüstet werden.

Stichwort Bund
Stoch: Als Land eine solche Finanzspritze des Bundes zu nehmen, ist für mich kein Einfallstor zur Unterminierung des Bildungsföderalismus. Mit einer solchen Befürchtung steht Kretschmann allein auf weiter Flur im Kreise der Länderregierungschefs.

Werden die Kommunen vom Land ausreichend unterstützt?
Stoch: Leider hat Grün-Schwarz keine wirkliche Antenne für die finanziell oft schwierige Lage der Kommunen. Es ist ja kein Zufall, dass der neue Städtetagspräsident Dieter Salomon, grüner Oberbürgermeister von Freiburg, dem Land vorwirft, viele Probleme der Kommunen nicht sehen zu wollen. Auch er mahnt mehr Unterstützung an, etwa für den sozialen Wohnungsbau, den Ausbau des ÖPNV, die Schulbausanierung und die Flüchtlingsintegration.

Stichwort Kürzungen
Stoch: Was aber tut Grün-Schwarz? Es hat im Landeshaushalt 2017 die Kommunen zur Kasse gebeten. Die Kürzungen zu Lasten der Kommunen erreichen mit 861 Mio. Euro einen Rekordwert. Eine Summe, die um 321 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 2016 liegt; das sind fast 30 Euro pro Einwohner, die den Städten und Gemeinden in der Kasse fehlen.

Stichwort Integrationsarbeit
Stoch: Bei der Förderung der Integrationsarbeit lässt das Land die Kommunen ebenfalls im Regen stehen. Die aufgestockten Mittel des Bundes für diesen Zweck gibt Grün-Schwarz gar nicht in vollem Umfang an die Kommunen weiter, sondern steckt einen Großteil in die eigene Tasche. Unter dem Strich stelle ich fest: Der kommunalfeindliche Kurs der Landesregierung geht nicht nur zu Lasten einer modernen Infrastruktur, sondern er gefährdet auch den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Denn der gedeiht und wächst in den Städten und Gemeinden, oder eben auch nicht.

Aus Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen

Social-Media-Workshop

Sehr gut besucht war der Social-Media-Workshop des SPD-Kreisverbands in Offenburg. Der Offenburger Blogger, Medienreferent und Texter Bob Blume (links) präsentierte seine Erfahrungen im Online-Wahlkampf 2.0. Helmut Lind führte die Teilnehmer in das WebSozi -System zur Erstellung und Verwaltung von SPD-Homepages ein. Wichtigste Erkenntnis: Nur die Kombination von Twitter, Facebook und Web-Auftritt bringt den maximalen Erfolg.

E-Mail-Kontakt: websozis@spd-ortenau.de

Stimmbildungs-Workshop

Rund 20 „Rote Socken“ und Gäste fanden Spaß an verschiedenen Körper-, Atem-, Zwerchfell- und Atemstützübungen, an neuem Wissen zum Stimmsitz und Resonanzräumen, zum Tonumfang und zur Artikulation. Die Gesangspädagogin Agnes Steidl aus Freiburg leitete den Workshop am Vormittag. Nach einer Mittagspause widmete sich der Chor neuen Gesangsstücken wie zum Beispiel der Europa-Hymne. (v. l.): Elke Zoor, Angelica Schwall-Düren, Jutta Hagedorn, Helga Pfahler, Reinhard Braun, Johannes Schlie).

AG 60plus Lahr

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft „60plus“ Baden-Württemberg lud zum Frühjahrsempfang in das Kurhaus Bad Cannstatt ein. Auf dem Programm standen ein Besuch der Landesausstellung „Die Schwaben. Zwischen Mythos und Marke“ sowie ein Vortrag zum Thema „Älterwerden heißt neu werden im Angesicht einer offenen Zukunft - Leben braucht mehr als ein Plus an Jahren“ der Sozial- und Gesundheitswissenschaftlerin Prof. Annelie Keil.

(v. l. n. r.): Fred Lukas, Dorothea Hertenstein, Traude Roscher und Heide Beuschel von der AG 60plus Ortenau.

SPD Gutach

Werner Blum erhielt für seine Verdienste als langjähriger Kassierer im Ortsverein Gutach die Willy-Brandt-Medaille. Für 27 arbeitsreiche Jahre im Gemeinderat wurde Ernst Wöhrle geehrt. Blumen gab es für Alexandra Klausmann, die aus eigenem Wunsch aus der Vorstandschaft ausschied.

(v. l.): Stellv. Vorsitzender Gerhard Wöhrle, Agnes Wöhrle, Ernst Wöhrle, Werner Blum, Alexandra Klausmann, Bundestagskandidat Jens Löw, OV-Vorsitzender Markus Klausmann und die Landtagsabgeordnete Sabine Wölfle.

Karl-Rainer Kopf neuer OV-Vorsitzender

Nachdem der bisherige Vorsitzende Jonas Maurer nicht mehr zur Verfügung stand, wurde Karl-Rainer Kopf zum 1. Vorsitzenden der SPD Schwanau-Meißenheim gewählt. Sein Stellvertreter wurde Michael Schröder aus Meißenheim. Als Beisitzer neu im Vorstand sind Stefan Becherer und Gabriel Kurz. Wilhelm Wagner (25 Jahre), Johann Wagner, Michael Heitz sowie der ehemalige Vorsitzende Gerd Mick (jeweils 40 Jahre) wurden für langjährige engagierte Mitgliedschaft geehrt. Dr. Johannes Fechner (MdB) läutete in der Versammlung das Wahljahr 2017 ein.

(v. l.): Karl-Rainer Kopf, Johann Wagner, Gerd Mick, Michael Heitz, Michael Schröder und Dr. Johannes Fechner (MdB).

Dr. Olivier Moliner folgt auf Fabienne Vesper

Fabienne Vesper (rechts), langjährige wissenschaftliche Mitarbeiterin unserer Bundestagsabgeordneten Elvira Drobinski-Weiß wechselte am 1. März zu ihrem neuen Wirkungskreis nach Berlin. Ihr Nachfolger wurde Dr. Olivier Moliner (links).

Kontakt:
Dr. Olivier Moliner
Tel.: +497819197762

Termine

Sonntag, 21. Mai 2017, ab 12 Uhr
Frühlingsfest der SPD Hohberg an der Blockhütte beim Hohhölzle in Hofweier

Mittwoch, 24. Mai 2017, 18.30 Uhr
Kreisparteitag der SPD Ortenau im „Heimethus“ in Schwanau-Nonnenweier mit dem Schwerpunktthema „Arbeit, die ins Leben passt“. Referent ist der Bundestagsabgeordnete Martin Rosemann.

Sonntag, 2. Juli 2017, ab 10.30 Uhr
Sommerfest der SPD Willstätt am Waldsee in Willstätt-Hesselhurst

Sonntag, 22. Juli 2017, ab 15.00 Uhr
Sommerfest der SPD Hornberg auf dem Schlossberg in Hornberg.

Hier könnte eurer Termin stehen!

E-Mail an die Redaktion:

zeitschrift@spd-ortenau.de

Bildnachweise

Seite 1: SPD-Badem-Württemberg bei flickr
Seite 2: SPD-Badem-Württemberg bei flickr, Helmut Lind
Seite 3: Bob Blume bei Twitter
Seite 4: Helmut Lind
Seite 5: Bernd Krieger
Seite 6: Andreas Stoch
Seite 7: Helmut Lind, Dorothea Hertenstein, Markus Klausmann
Seite 8: Karl-Rainer Kopf, Dr. Jutta Hagedorn

Impressum
V. i. S. d. P: SPD-Regionalzentrum Südbaden
Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. April 2017
Redaktion „Der Rote Ortenauer“: Dr. Jutta Hagedorn, Uwe Hengherr, Karl-Rainer Kopf, Bernd Krieger, Helmut Lind, Petra Mayer-Kletzin, Helga Pfahler und Horst Siehl

E-Mail: **zeitschrift@spd-ortenau.de**
Internet: **www.spd-ortenau.de**
Facebook: **www.facebook.com/spdortenau**
Copyright © 2017 SPD Ortenau

Die nächste Ausgabe des „Roten Ortenauers“ erscheint im Juli 2017.